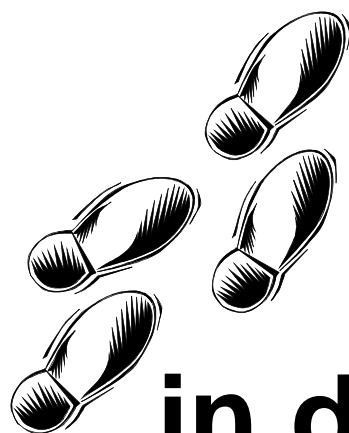




Bausparkassen und Banken



auf dem Weg

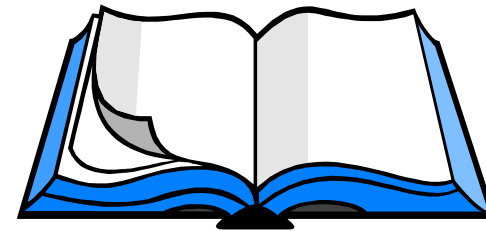


in die Europäische Union



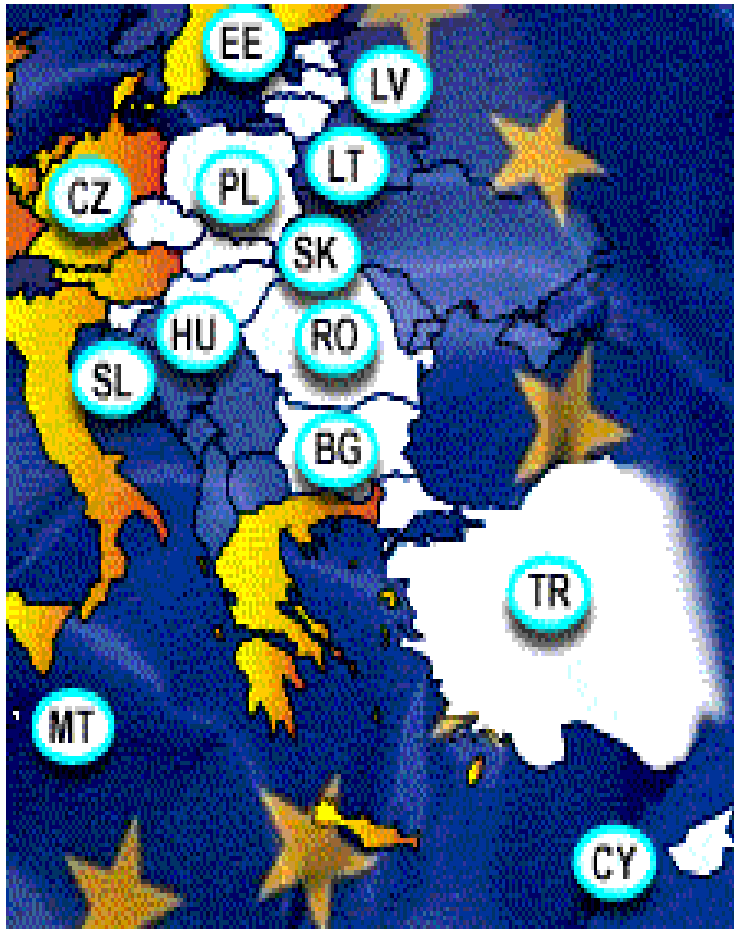
Inhalt

- EU - Erweiterung
- 3 Beitrittsländer: die Slowakei, Tschechien und Ungarn
- Vergleich CZ, SK und H in einzelnen Beitrittskapiteln
- Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs
- Verbraucherkreditrichtlinie
- Verhaltenskodex
- Ausblick für weitere Gesetzesanpassungen





EU - Erweiterungen



- Gründungsmitglieder 1958:
B, D, F, I, L, NL
- Beitritt 1973: DK, GB, IRL
- Beitritt 1981: GR
- Beitritt 1986: E, P
- Beitritt 1995: A, FIN, S
- **Beitritt 1. Mai 2004:**
CY, CZ, EE, HU, LT, LV, MT, PL, SK, SL
- geplanter Beitritt 2007:
BG, RO
- Beitrittszeitpunkt offen: TR

Quelle: EU





Die Slowakei



- Fläche: 48 845 qkm
- Hauptstadt: Bratislava (Preßburg)
- Währung: Slowakische Krone
- Politisches System: Parlamentarische Demokratie
- Bevölkerung: 5,4 Mio.
- Arbeitslosenquote (2003): 14,5 %
- Inflationsrate (2003): 8,3 %

Quelle: GAP Analyse





Die Tschechische Republik



- Fläche: 78 866 qkm
- Hauptstadt: Prag
- Währung: Tschechische Krone
- Politisches System: parlamentarische Demokratie
- Bevölkerung: 10,2 Mio.
- Arbeitslosenquote (2003): 9,6 %
- Inflationsrate (2003): 0,1 %

Quelle: GAP Analyse





Ungarn



- Fläche: 93 030 qkm
- Hauptstadt: Budapest
- Währung: 1 Forint
- Politisches System:
Parlamentarische Demokratie
- Bevölkerung: 9,9 Mio.
- Arbeitslosenquote (2003): 5,7 %
- Inflationsrate (2003): 5,5 %

Quelle: GAP Analyse





Vergleich CZ, SK und H in einzelnen Beitrittskapiteln

- Gesellschaftsrecht
- Wettbewerbspolitik
- Steuern
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Statistik
- Verbraucherschutz
- Justiz



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 5: Gesellschaftsrecht

Rechtliche Bereiche dieses Kapitels:

- das Gesellschaftsrecht im eigentlichen Sinne
- das Rechnungslegungsrecht
- die Rechte an geistigem Eigentum
- die Rechte an gewerblichem Eigentum
- Anerkennung und Vollzug richterlicher Entscheidungen in zivil- und handelsrechtlichen Angelegenheiten
- die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 6: Wettbewerbspolitik

- Kartellrecht
- Regelung der staatlichen Beihilfen, z.B.:
 - *Vorschriften und Verfahren gegen wettbewerbswidriges Verhalten*
 - *Verhinderung von staatlichen Beihilfen, die den Wettbewerb verzerren*



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 10: Steuern

- Die Gemeinschaftsvorschriften im Bereich *Verwaltungszusammenarbeit und Amtshilfe* beinhalten Instrumente zur Verhütung der Umgehung und Hinterziehung von direkten und indirekten Steuern innerhalb der Gemeinschaft.



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 11: Wirtschafts- und Währungsunion

- Unabhängigkeit der Zentralbank
- Verbot der Finanzierung des Staates durch die Zentralbank
- Verbot des Zugangs des öffentlichen Sektors zu den Finanzinstituten des Staats



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 12: Statistik

Aufgaben:

- Methodik
- Erarbeitung
- Verbreitung

Tätigkeitsfeld:

- Makroökonomie
- Preise
- Unternehmen
- Verkehrswesen
- Außenhandel
- Bevölkerung
- Gesellschaft
- Landwirtschaft
- Regionen
- Infrastruktur



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 23: Verbraucherschutz

Wirtschaftliche Interessen der Verbraucher:

- Werbung
- Preisangaben
- Verbraucherkredite
- unlautere Vertragsbedingungen
- Fernabsatz und Haustürgeschäfte
- Pauschalreisen
- Teilzeiteigentum
- Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherschutzinteressen

Fragen der Produktionssicherheit:

- Haftung für fehlerhafte Produkte
- allgemeine Produktionssicherheit



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Kapitel 24: Justiz

Bereiche:

- Datenschutz
- polizeiliche Zusammenarbeit
- Bekämpfung der organisierten Kriminalität
- Geldwäsche
- Zusammenarbeit im Zollwesen
- justizielle Zusammenarbeit in zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten und Menschenrechtsübereinkommen



Quelle: Monitoring-Bericht der EU, November 2003





Ausstehende Anpassungen I.

	SK	CZ	H
Gesellschaftsrecht	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Handelsregisterverfahren ▪ Urheberrecht ▪ Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Urheberrecht ▪ Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum ▪ Leistungsfähigkeit der Justiz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbildung der Vollzugsorgane ▪ Grenzsicherung
Wettbewerbspolitik	<ul style="list-style-type: none"> ◆ Kartellrecht ◆ Staatliche Beihilfe 		
Steuern	<ul style="list-style-type: none"> • Steuererhebung und – kontrolle • Zollverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> • Duty-free-Läden an den Landesgrenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • IT – Systeme
Wirtschafts- und Währungsunion	<ul style="list-style-type: none"> ▪ keine Beanstandungen 		

Quelle: Monitoring - Bericht der EU, November 2003





Ausstehende Anpassungen II.

	SK	CZ	H
Statistik	<ul style="list-style-type: none">▪ Gesamtrechnung▪ Unternehmensstatistik	<ul style="list-style-type: none">▪ Gesamtrechnung▪ Finanzstatistik▪ Unternehmensstatistik▪ Datenbanken	<ul style="list-style-type: none">▪ Gesamtrechnung▪ Staatsfinanzen▪ Unternehmensstatistik
Verbraucherschutz	<ul style="list-style-type: none">◆ Sicherheitsbezogene Maßnahmen◆ Verbraucherorganisationen◆ Marktüberwachung		
Justiz	<ul style="list-style-type: none">• Datenschutz• Bekämpfung von Betrug und Korruption	<ul style="list-style-type: none">• Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit der Durchführungsstrukturen• Korruption	<ul style="list-style-type: none">• Kooperation der Behörden und Strafvollzugsorgane

Quelle: Monitoring - Bericht der EU, November 2003





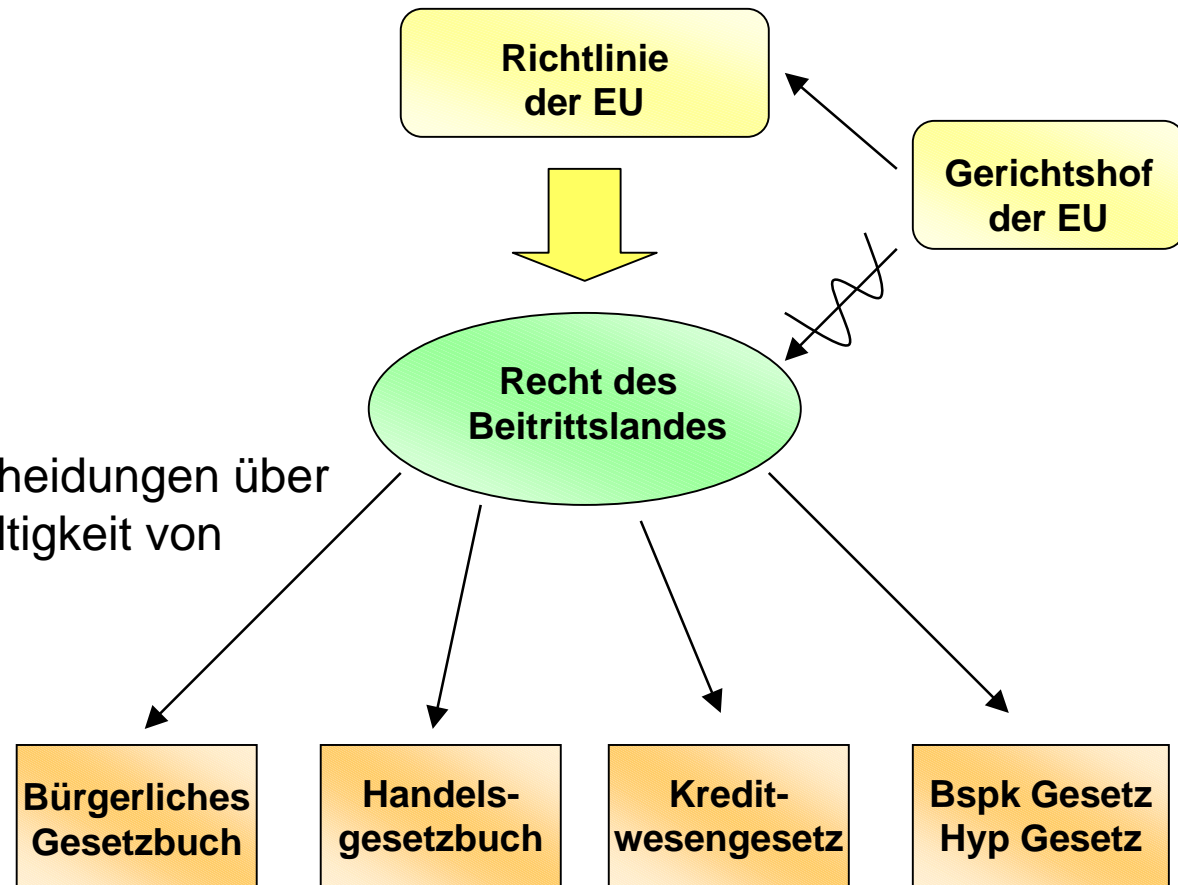
Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs

• Gerichtshof:

- 15 Richter
- 8 Generalanwälte
- Sitz: Luxemburg

Tätigkeitsfeld:

- Ersuchen um Vorabentscheidungen über die Auslegung oder die Gültigkeit von Gemeinschaftsrecht
- Vertragsverletzungsklage
- Nichtigkeitsklage
- Untätigkeitsklage
- Schadensersatzklage



Quelle: EU



Verbraucherkreditrichtlinie

Historie:

- Diskussionspapier/Konsultation Juni/Juli 2001
- Stellungnahme der Europäischen Bausparkassenvereinigung vom 27. September 2001
- September 2002:
Offizielle Annahme des Richtlinienentwurfs durch die Kommission.
- Oktober 2002:
Beratung im Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes
- zweiter überarbeiteter Entwurf
bei Kreditwirtschaft und Verbraucherschützern umstritten.
- 2004: Ausschuss holt Meinung von Verbänden sowie Rechtsgutachten ein.

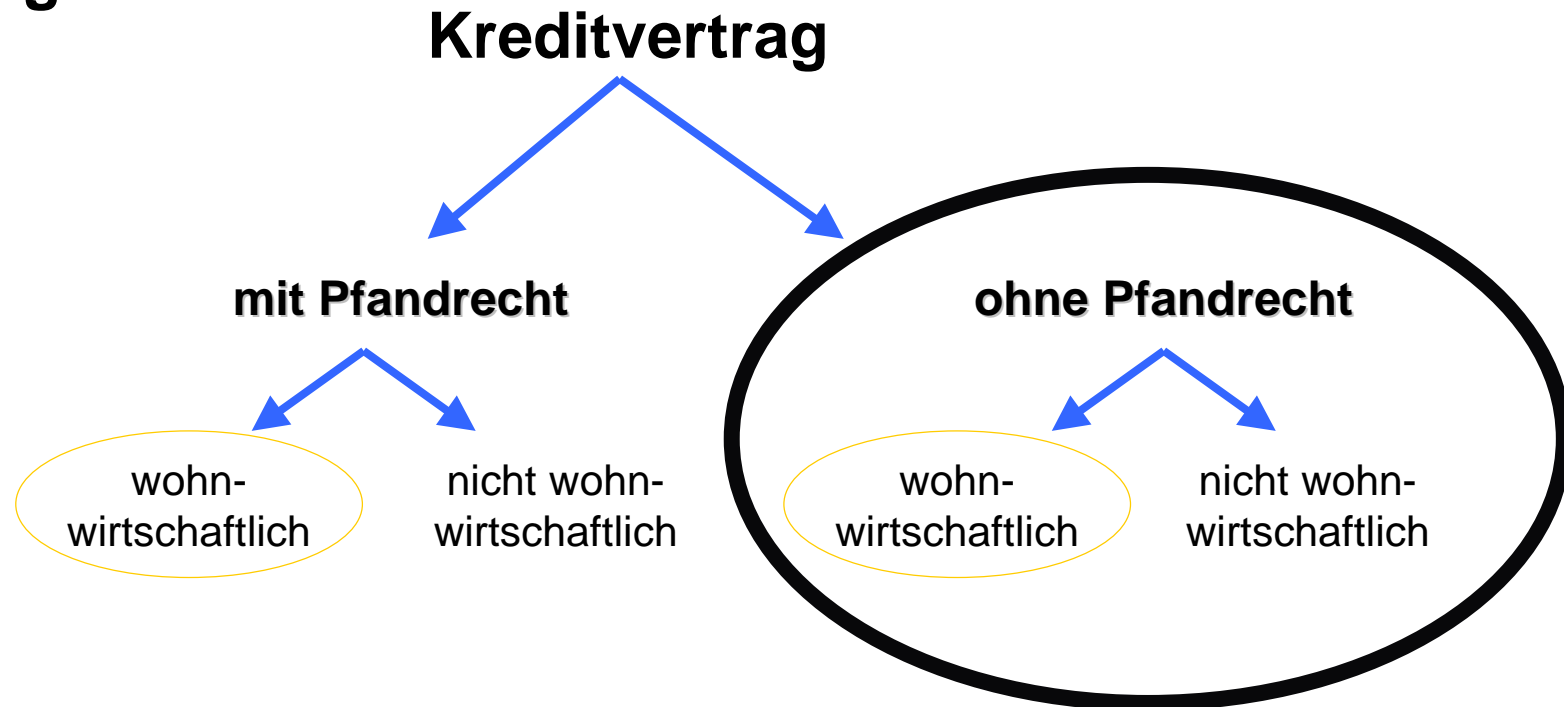
Umsetzung:

- Umsetzung in nationales Recht: 2 Jahre nach Inkrafttreten
(= Veröffentlichung im Amtsblatt)



Verbraucherkreditrichtlinie

Geltungsbereich:



Ziele:

- Errichtung eines einheitlichen Verbraucherkreditmarktes
- Schutz vor unbedachter Kreditaufnahme

Quelle: EU

Verbraucherkreditrichtlinie

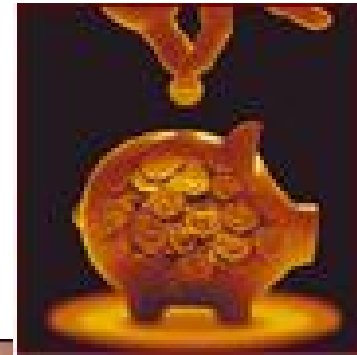
Effektiver Jahreszins

- dem Darlehensgeber zustehende Kosten
- Dritten zustehende Kosten

Unterrichtungs- und Beratungspflicht

Zwingende Angaben im Kredit-/Sicherungsvertrag

z. B.: Verpflichtung zur Aushändigung von Tilgungsplänen



Quelle: EU

Verbraucherkreditrichtlinie

Der Kreditgeber ist verpflichtet, angemessene und sachdienliche Auskünfte zu verlangen.

Der Verbraucher muss diese genau und vollständig erteilen.

Verantwortungsvolle Kreditvergabe

- Prüfung der Angaben
- Verlangen von Sicherheiten



Quelle: EU

Verbraucherkreditrichtlinie

Vorzeitige Rückzahlung

- jederzeitiges Recht des Verbrauchers zur vollständigen oder teilweisen Rückführung des Darlehens

Vorfälligkeitsentschädigung

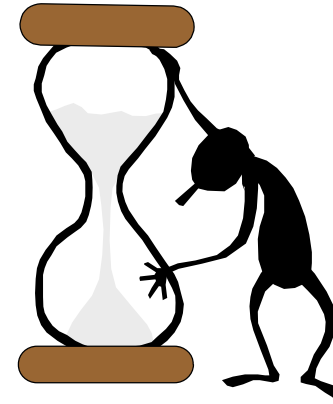
- Vorfälligkeitsentschädigung nur soweit “objektiv gerechtfertigt und angemessen” sowie “auf der Grundlage mathematischer Grundsätze errechnet”.



Verbraucherkreditrichtlinie

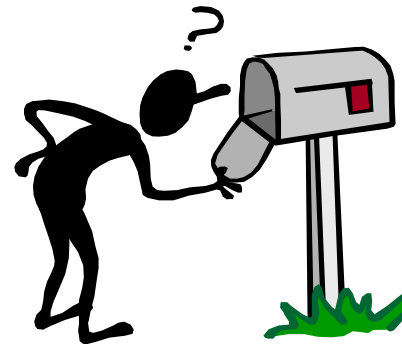
Widerrufsrecht

- 14 Kalendertage



Nichterfüllung des Kreditvertrags

- Vor Fälligkeit: Mahnung, Fristsetzung (oder Aufstellung eines neuen Zeitplanes für die Rückzahlung).
- Zur Eintreibung von Forderungen dürfen keine “unverhältnismäßigen Maßnahmen” ergriffen werden.

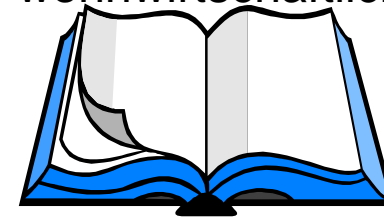


Quelle: EU

Verhaltenskodex

Ziel des Verhaltenskodex:

- **Transparenz und Vergleichbarkeit** von Informationen über wohnwirtschaftliche Darlehen



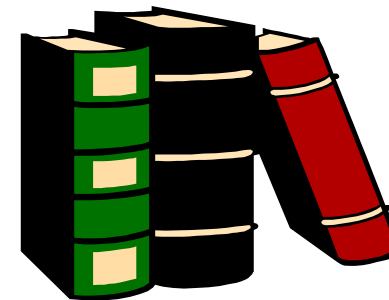
Vereinbarung eines freiwilligen Verhaltenskodex:

- Vereinbarung zwischen den Europäischen Verbraucherorganisationen und den Verbänden für wohnwirtschaftliche Kredite:

Teil I: Maßnahmen zur Umsetzung und Kontrolle des freiwilligen Kodex

Teil II: Verbraucherinformationen:

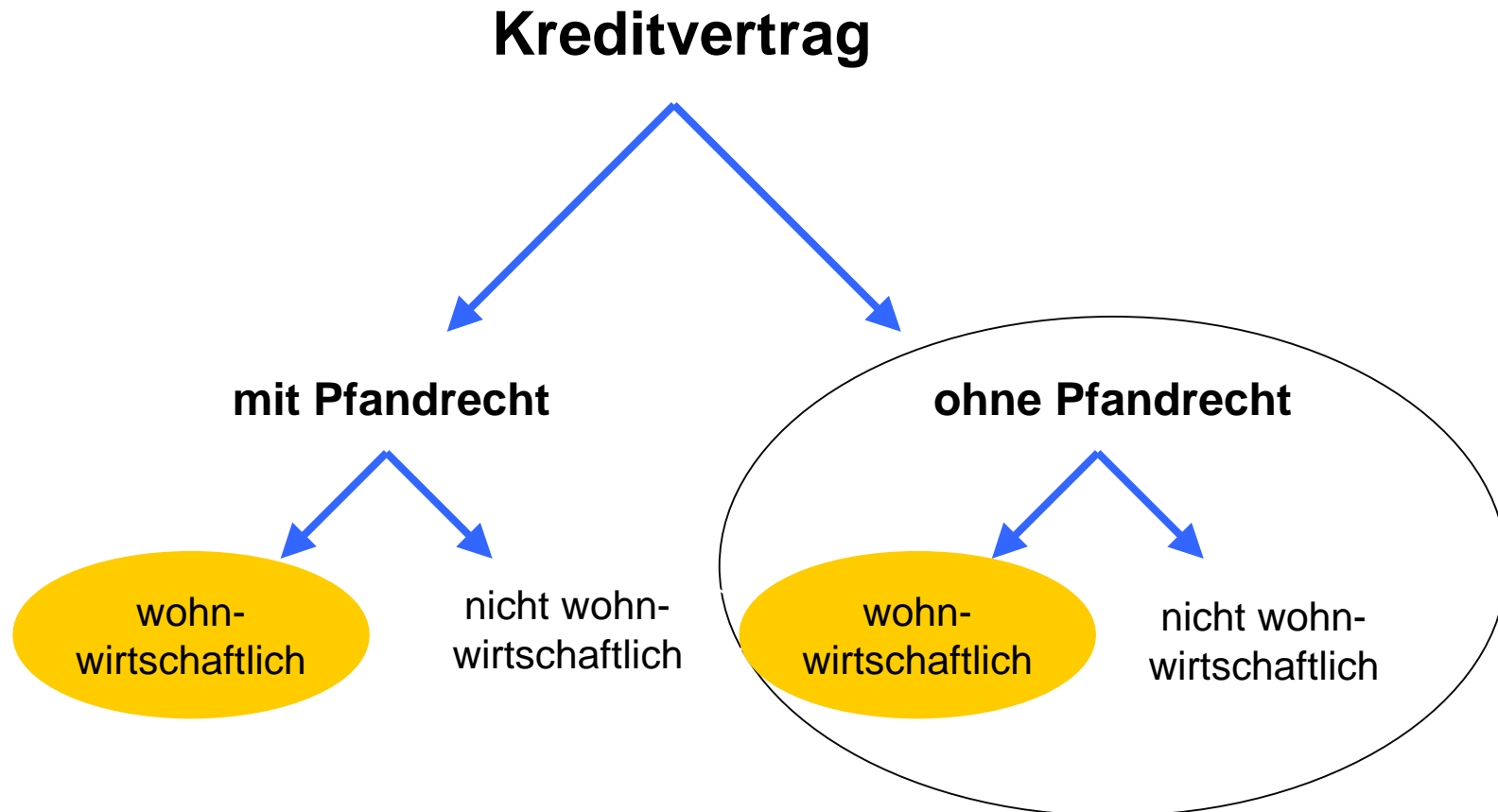
- allgemeine Informationen über wohnwirtschaftliche Kredite
- individuelle Informationen in Form eines „standardisierten Merkblatts“



Quelle: EU - Kommission

Verhaltenskodex

Geltungsbereich:



Quelle: EU - Kommission



Verhaltenskodex

Register der Kommission:

- ca. 2500 - 3000 Kreditinstitute haben bislang den Kodex gezeichnet und sich verpflichtet, seit 30.09.2002 den Verhaltenskodex zu erfüllen.

Keine oder eingeschränkte Umsetzung in ...



Frankreich



Großbritannien



Spanien

- da Widerspruch zu nationalem Recht



Verhaltenskodex

- Umsetzungsstudie 2003 liegt vor
 - Methodik der Studie heftig umstritten
 - Studie bemängelt gravierende Umsetzungsdefizite
- Diskussion um eigene EU-Richtlinie zum Hypothekenkredit (Forumgruppe Hypothekenkredit auf Kommissionsebene)
- ca. 2005 neue Studie



Quelle: EU - Kommission; iff

Verbraucherkreditrichtlinie + Verhaltenskodex

Was bedeutet das für die Bausparkassen und Banken?

- Vorschriften und Regelungen zu
- standardisierten Informationen
 - Effektivzins
 - Widerrufsrecht
 - etc.

- haben Auswirkungen auf
- Prospekte, Beratungsunterlagen
 - Schulung der Mitarbeiter und des Außendienstes
 - Werbung
 - Pressearbeit
 - Bausparantrag, Kreditvertrag
 - etc.



Quelle: Interne Materielle

Ausblick für weitere Gesetzesanpassungen in SK, CZ und H

- Zusammenfassung von Boden und Objekt im Grundbuch
- Verbesserung des Wohneigentumsgesetzes
- Strengeres Bauträgersgesetz



Quelle: Mag. H. Pfeiffer, Juni 2003